Bildung neu gestalten NRW

Grünes Konzept für Bildungssteuerung, Bildungsbiografien und starke Schulen
Arbeitsfassung für die programmatische Positionierung von Bündnis 90/Die Grünen NRW sowie als Grundlage für Wahlprogramm, Landtagsarbeit und bildungspolitische Debatten

1. Politischer Kern

Nordrhein-Westfalen braucht ein Bildungssystem, das konsequent vom Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen aus gedacht wird. Bildungspolitik muss sich daran messen lassen, ob Kinder und Jugendliche ihre Potenziale entfalten können – nicht daran, wie gut bestehende Verwaltungsstrukturen verwaltet werden.
Wir wollen ein Schulsystem, das Vielfalt ermöglicht, Potenziale stärkt und jedem Kind die Chance gibt, den eigenen Bildungsweg erfolgreich zu gehen.
Die grüne Leitidee lautet: **Nicht das Kind muss sich dem System anpassen – das System muss Bildungswege ermöglichen.**

2. Kurzzusammenfassung

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein leistungsfähiges Bildungssystem, das jedoch zunehmend unter strukturellen Spannungen leidet. Schulformen konkurrieren um Standorte und Schülerzahlen, Verwaltungsstrukturen sind zu komplex, Zuständigkeiten vielfach unklar und Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen häufig unzureichend abgestimmt.
Wir wollen deshalb den nächsten Schritt des NRW-Schulkonsenses gehen. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das einfacher, gerechter, transparenter und leistungsfähiger wird.
Statt das Bildungssystem primär über Schulformen zu organisieren, denken wir konsequent von Bildungswegen und Bildungsbiografien her. Entscheidend ist nicht, welche Schulform ein Kind besucht, sondern welchen Bildungsweg es erfolgreich beschreiten kann.
Dazu schlagen wir eine umfassende Modernisierung der Bildungssteuerung vor:

- Orientierung an Bildungsgängen statt an Schulformen,
- schulstufenbezogene Lehrpläne statt unübersichtliches Nebeneinander schulformspezifischer Vorgaben,
- bruchfreie Bildungsbiografien statt .....
- abgestimmte Unterstützungssysteme statt .....,
- mehr Eigenverantwortung für Schulen und Schulträger statt .....,
- starke regionale Bildungsnetzwerke statt .....,
- eine moderne schulformübergreifende Schulaufsicht statt .....,
- datengestützte Qualitätsentwicklung statt Steuerung nach Bauchgefühl,
- sozialraumorientierte Bildungsplanung statt .....
- multiprofessionelle Unterstützung statt .....

3. Die Bausteine des grünen Konzepts zur Bildungssteuerung

3.1 Bildungsgänge statt Schulformen

Der NRW-Schulkonsens 2011 war ein Meilenstein und hat viele Jahre Stabilität geschaffen. Die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen der vergangenen Jahre machen jedoch eine Weiterentwicklung erforderlich.

Wir wollen das Bildungssystem stärker von den Bildungswegen der Kinder und Jugendlichen aus denken. Entscheidend ist, welche Abschlüsse und Qualifikationen Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule erreichen können – nicht die institutionelle Zuordnung einer Schule zu einer bestimmten Schulform.
Bildungsgänge als Ausgangspunkt der Schulentwicklung
Die drei bundesweit anerkannten Bildungsgänge der allgemeinbildenden Schulen bilden künftig den zentralen Bezugspunkt für Schulentwicklung und Bildungsplanung in NRW:

- Erster Schulabschluss
- Mittlerer Schulabschluss
- gymnasialer Bildungsgang bis zum Abitur

Die Entscheidung über den geeigneten Bildungsweg treffen Eltern und Schülerinnen und Schüler. Die Bildungsplanung muss sich deshalb stärker an den tatsächlich nachgefragten Bildungsgängen orientieren.

Kohärente Lehrpläne statt Lehrplanvielfalt
NRW verfügt derzeit über eine Vielzahl schulformspezifischer Lehrpläne. Wir wollen schrittweise zu bildungsgangbezogenen Fachlehrplänen übergehen, die auf einem gemeinsamen Rahmenlehrplan für die jeweilige Schulstufe basieren. Dies führt zu größerer Transparenz, besserer Vergleichbarkeit, größerer Durchlässigkeit, weniger Bürokratie und einer einfacheren Qualitätssteuerung.
Harmonisierung der Abschlüsse
Alle Schulen der Sekundarstufe I können künftig grundsätzlich alle dort vorgesehenen Schulabschlüsse vergeben. Dies stärkt die Gleichwertigkeit der Abschlüsse, die Transparenz für Familien, die Anschlussfähigkeit von Bildungswegen und die Vermeidung unnötiger Schulwechsel.
Mehr kommunale Gestaltungsspielräume
Der Bedarf an Bildungsgängen bleibt weiterhin Grundlage der Schulentwicklungsplanung, über die konkrete organisatorische Umsetzung soll jedoch künftig stärker vor Ort entschieden werden können. Das bedeutet, dass Kommunale Schulträger künftig größere Freiräume bei der konkreten Ausgestaltung ihres Schulangebots erhalten.
Größere Pädagogische Freiheit bei der Differenzierung
Schulen entscheiden künftig eigenständig, welche Lernformen sinnvoll sind, z.B. wann Kurssysteme geeignet sind und wann andere Formen der Differenzierung notwendig erscheinen. Entscheidend ist dabei die pädagogische Qualität und die Vermeidung sozialer Segregation.
Schulformunabhängige Oberstufenzentren
Wir wollen die Einrichtung schulformunabhängiger Oberstufenzentren auf regionaler Ebene ermöglichen. Diese können insbesondere im ländlichen Raum Bildungsangebote sichern, kleinere Schulstandorte stärken, Kooperationen erleichtern und attraktive Bildungswege eröffnen.

3.2 Bruchfreie Bildungsbiografien ermöglichen

Zu viele Bildungswege werden noch immer durch institutionelle Brüche erschwert.
Unser Ziel ist eine Bildungslandschaft, in der Kinder und Jugendliche kontinuierlich begleitet werden und notwendige Unterstützung erhalten, bevor Probleme zu Bildungsabbrüchen führen.

Anschlussfähige Übergänge
Übergänge zwischen Kita, Grundschule, weiterführender Schule und beruflicher Bildung müssen systematisch gestaltet werden.
Kooperationen, gemeinsame Standards und abgestimmte Förderstrategien schaffen Kontinuität.

Gebot der Förderung
Abschulungen, Nichtversetzungen und Bildungsabbrüche dürfen nicht zum Normalfall werden.
Förderung muss frühzeitig, verbindlich und individuell erfolgen.

Multiprofessionelle Unterstützungssysteme
Schulen benötigen dauerhaft abgesicherte multiprofessionelle Teams.

Dazu gehören Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Psychologie, Erziehung, Schulbegleitung und weitere pädagogische Fachkräfte.
Multiprofessionelle Unterstützung darf nicht von kurzfristigen Programmen abhängig sein, sondern muss Teil der Regelversorgung werden.

Schule als Anker im Sozialraum

Schulen sind mehr als Unterrichtsorte.
Insbesondere in herausfordernden Quartieren sollen sie als zentrale Bildungs- und Unterstützungsorte wirken. Familiengrundschulzentren, Stadtteilschulen und Bildungsnetzwerke zeigen bereits heute, wie dies gelingen kann.

Kommunale Bildungs- und Jugendhilfeplanung

Schulentwicklung, Jugendhilfeplanung und Sozialplanung müssen stärker miteinander verzahnt werden. Regionale Bildungsnetzwerke können hierfür eine zentrale Plattform bilden.

3.3 Neue Bildungsgovernance für NRW

Bildungspolitik braucht klare Verantwortlichkeiten.
Das heutige System ist vielfach durch Überschneidungen, Doppelzuständigkeiten und unklare Verantwortungszuordnungen geprägt. Dies führt zu Reibungsverlusten, erschwert Innovationen und bindet Ressourcen, die für die pädagogische Arbeit benötigt werden.
Wir wollen eine kohärente Bildungsgovernance schaffen, die Verantwortung klar zuordnet, lokale Handlungsspielräume erweitert und gleichzeitig gemeinsame Qualitätsziele sichert.

Aufgaben neu ordnen

Landespolitik soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren:

- Bildungsziele und Bildungsstandards,
- Chancengerechtigkeit,
- Qualitätssicherung,
- Finanzierung,
- landesweite Steuerung und Evaluation.

Gleichzeitig sollen Entscheidungen stärker dort getroffen werden, wo Bildungsarbeit tatsächlich stattfindet: in Schulen, Kommunen und Regionen.

Bürokratie abbauen

Landesweite Regelungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie pädagogischen Mehrwert schaffen oder unnötige Bürokratie erzeugen.
Unser Ziel ist ein Schulsystem, das durch Vertrauen, Transparenz und Verantwortung gesteuert wird – nicht durch Detailregulierung.

Kinder- und Elternwillen stärken

Die Perspektiven von Kindern, Jugendlichen und Eltern müssen bei schulpolitischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.
Insbesondere bei der Gestaltung von Bildungswegen und Bildungsangeboten soll der tatsächliche Bedarf der Familien stärker handlungsleitend werden.

Ressourcen wirksamer einsetzen

Land und Kommunen müssen gemeinsam eine verlässliche und sozial gerechte Finanzierung sicherstellen.
Verfügbare Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zu Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit leisten.

3.4 Eigenverantwortliche Schulen und starke Regionen

Wir wollen Schulen und Regionen stärken und ihnen größere Gestaltungsspielräume eröffnen.

Mehr Verantwortung für Schulen

Schulen sollen größere Handlungsspielräume erhalten:

- bei pädagogischen Entscheidungen,

- bei der Entwicklung schulischer Profile,
- bei der Personalentwicklung,
- bei der Ressourcenbewirtschaftung,
- bei der Organisation multiprofessioneller Teams,

Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung gehören dabei untrennbar zusammen.

Flexible Ressourcensteuerung

Das bestehende System der Ressourcenbewirtschaftung soll überprüft werden. Schulen sollen stärker in die Lage versetzt werden,

- auf lokale Herausforderungen zu reagieren,
- Personal eigenverantwortlich einzusetzen,
- Sachmittel flexibel zu bewirtschaften,

Ganztag als Teil der Schule

Ganztag ist für uns Bildungszeit. Unser Ziel ist ein integriertes Verständnis von Schule als Lern- und Lebensort. Träger und Mitarbeitende der Ganztagsangebote sollen stärker in die Arbeit der Schule eingebunden werden. Dies betrifft insbesondere Schulentwicklung, Qualitätsentwicklung und Beteiligungsstrukturen.

Regionale Bildungsräume entwickeln

Bildung findet nicht isoliert an einzelnen Standorten statt. Deshalb wollen wir regionale Bildungsräume stärken, in denen Schulen, Kommunen und weitere Bildungsakteure gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Regionale Kooperation kann dazu beitragen,

- regionale Besonderheiten stärker zu berücksichtigen,
- Bildungsangebote zu sichern,
- Übergänge zu verbessern,
- Ressourcen effizienter zu nutzen.

Innere und äußere Schulentwicklung zusammendenken

Bildungsentwicklung muss als gemeinsame Aufgabe von Schulen, Schulträgern und Land verstanden werden. Pädagogische Entwicklung, Personalentwicklung, Gebäudeplanung, Digitalisierung und Infrastruktur dürfen nicht länger getrennt betrachtet werden, sondern verbinden Verwaltung, Politik und pädagogische Praxis miteinander.

3.5 Starke Unterstützungssysteme für vernetzte Schulen

Eigenverantwortung braucht Unterstützung. Schulen können ihre Aufgaben nur erfolgreich erfüllen, wenn sie auf verlässliche und leistungsfähige Beratungs-, Unterstützungs- und Entwicklungsstrukturen zurückgreifen können.

Regionale Bildungsnetzwerke stärken

Die Regionalen Bildungsnetzwerke haben sich als wichtige Plattformen für Kooperation und Abstimmung etabliert. Wir wollen ihre Rolle stärken und ihnen mehr Möglichkeiten geben,

- Bildungsplanung zu koordinieren,
- Übergänge zu gestalten,
- Kooperationen zu organisieren,
- Innovationen zu fördern.

Unterstützungssysteme besser verzahnen

Neben den Regionalen Bildungsnetzwerken leisten zahlreiche weitere Einrichtungen wichtige Beiträge:

- Kommunale Integrationszentren,
- Schulpsychologische Dienste,
- Jugendhilfe,
- „Kein Abschluss ohne Anschluss“,
- Familienbildungsangebote,
- weitere Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.

Diese Angebote sollen besser aufeinander abgestimmt werden.

Schulentwicklungsräume erproben

Insbesondere im ländlichen Raum sollen regionale Schulentwicklungsräume erprobt werden. Ziel ist es, Verantwortung für Bildungsangebote stärker regional zu organisieren und gleichzeitig die Handlungsmöglichkeiten vor Ort zu erweitern.

Lokale Bildungsverwaltung weiterentwickeln

Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und Bildungsakteuren sollen erprobt werden. Dabei können bestehende Strukturen weiterentwickelt oder neue Modelle lokaler Bildungsverwaltung geschaffen werden.

3.6 Schulaufsicht modernisieren

Eine moderne Bildungssteuerung benötigt eine moderne Schulaufsicht. Die heutige Organisation der Schulaufsicht orientiert sich zu stark an Schulformen und Verwaltungsgrenzen. Dies erschwert Kooperationen und führt zu Doppelstrukturen.

Beratung, Unterstützung und Qualitätssicherung zusammendenken

Schulaufsicht erfüllt mehrere Aufgaben gleichzeitig:

- Beratung,
- Qualifizierung,
- Organisation,
- Qualitätsentwicklung,
- Qualitätssicherung.

Diese Aufgaben müssen enger miteinander verzahnt werden.

Schulformübergreifende Schulaufsicht entwickeln

Im Zuge einer stärkeren Orientierung an Bildungsgängen soll schrittweise geprüft werden, wie eine schulformübergreifende Organisation der Schulaufsicht gestaltet werden kann. Dadurch können Zuständigkeiten vereinfacht, Kooperationen gestärkt und regionale Entwicklungen besser unterstützt werden.

Verantwortungsgemeinschaft stärken

Land, Regionen, Kommunen und Schulen sollen als Verantwortungsgemeinschaft zusammenarbeiten. Die Schulaufsicht übernimmt dabei eine koordinierende und unterstützende Rolle.

Mitbestimmung weiterentwickeln

Eine veränderte Struktur der Bildungssteuerung erfordert auch eine Weiterentwicklung bestehender Beteiligungs- und Mitbestimmungsstrukturen.

Dies betrifft insbesondere:

- Personalvertretungen,
- Elternvertretungen,
- Schülervertretungen,
- Beteiligung außerschulischer Partner.

3.7 Konsequente Qualitätsentwicklung durch datengestützte Transparenz

Gute Bildungspolitik braucht belastbare Informationen. Daten sollen nicht der Kontrolle oder Selektion dienen, sondern der Förderung, Unterstützung und Qualitätsentwicklung.

Datengestütztes Bildungsmonitoring

Entlang der gesamten Bildungsbiografie sollen Informationen genutzt werden, um

- Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen,
- Ressourcen gezielter einzusetzen,
- Übergänge besser zu gestalten,
- Qualität weiterzuentwickeln.

Bildungsverläufe sichtbar machen

Eine datenschutzsichere Bildungs-ID kann dazu beitragen, Bildungsverläufe nachvollziehbar zu gestalten und Förderinformationen über institutionelle Übergänge hinweg zu sichern.

Voraussetzungen sind:

- klare Zweckbindung,

- hohe Datenschutzstandards,
- Transparenz gegenüber Eltern und Lernenden,
- pädagogische Nutzung statt Kontrolle.

Diagnostik als Unterstützung

Datenerhebung dient der Förderung – nicht der Auslese. Digitale Diagnostik- und Monitoringinstrumente sollen Lehrkräfte unterstützen, Lernstände kontinuierlich zu erfassen und passgenaue Förderangebote zu entwickeln.

Qualitätsentwicklung auf Schulebene

Schulen sollen Qualitätsentwicklung systematisch und datengestützt betreiben können. Dafür braucht es:

- Beratung,
- Fortbildung,
- Unterstützungsangebote,
- digitale Werkzeuge,
- ausreichend Zeit für Schulentwicklung.

Systemmonitoring für Chancengerechtigkeit

Aggregierte Daten sollen helfen,

- regionale Unterschiede sichtbar zu machen,
- Ressourcen gerechter zu verteilen,
- Wirksamkeit zu überprüfen,
- politische Entscheidungen evidenzbasiert weiterzuentwickeln.

Daten dienen der Verbesserung von Bildungschancen – nicht dem Ranking von Kindern oder Schulen.

3. Der Weg zur Umsetzung

4.1 Vom Schulformstreit zur Bildungsreform

Die vorgeschlagenen Veränderungen greifen zum Teil tief in die Strukturen des nordrhein-westfälischen Bildungssystems ein. Sie können deshalb weder durch einzelne Gesetzesänderungen noch durch kurzfristige Verwaltungsreformen umgesetzt werden.

Ziel ist kein Umbau von oben, sondern ein geordneter Transformationsprozess, der Schulen, Kommunen, Beschäftigte, Eltern, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aktiv einbezieht.

Die Weiterentwicklung der Bildungssteuerung muss schrittweise erfolgen, auf wissenschaftlicher Grundlage aufbauen und ausreichend Raum für Erprobung, Evaluation und Nachsteuerung bieten.

Dabei gilt:

Erst Konsens und Pilotierung, dann Strukturreform.

Phase 1: Grundlagen schaffen (2027–2028)

Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes für die Weiterentwicklung des Schulsystems.

Dazu gehören:

- Einberufung einer NRW-Bildungskonferenz,
- Einrichtung einer Reformkommission Bildungssteuerung,
- Auswertung bestehender Gutachten,
- Entwicklung eines Zielbildes für Bildungsbiografien und Bildungsplanung,
- Erarbeitung eines Datenschutz- und Digitalisierungskonzepts,
- Auswahl von Modellregionen.

Phase 2: Pilotierung und Erprobung (2028–2030)

Neue Steuerungsinstrumente werden unter realen Bedingungen erprobt.

Dazu gehören:

- regionale Schulentwicklungsräume,
- schulformübergreifende Schulaufsicht,
- regionale Oberstufenzentren,
- datengestützte Monitoring-Systeme,
- neue Formen kommunaler Bildungsplanung.

Alle Pilotvorhaben werden wissenschaftlich begleitet.

Phase 3: Landesweite Umsetzung (2030–2033)

Erfolgreiche Modelle werden schrittweise in die Regelstruktur überführt.

Dazu gehören:

- Anpassungen des Schulgesetzes,
- Einführung schulstufenbezogener Lehrpläne,
- Ausbau regionaler Bildungsräume,
- Reform der Schulaufsicht,
- Einführung eines landesweiten Qualitätsmonitorings,
- Stärkung multiprofessioneller Teams.

Phase 4: Verstetigung und Weiterentwicklung

Das Bildungssystem wird dauerhaft lernfähig organisiert. Regelmäßige Bildungsberichte, Evaluationen und gesellschaftliche Beteiligungsprozesse sorgen für kontinuierliche Weiterentwicklung.

4. Beschlussvorschlag für Partei- und Landtagsarbeit

Bündnis 90/Die Grünen NRW beschließen:

1. Das Bildungssystem Nordrhein-Westfalens soll künftig stärker von Bildungsbiografien und Bildungsgängen her gedacht werden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorschläge für eine stärkere Orientierung an Bildungsgängen statt an Schulformen zu entwickeln.
3. Lehrpläne sollen vereinfacht und schulstufenbezogen weiterentwickelt werden.
4. Die Durchlässigkeit zwischen Bildungswegen soll erhöht und die Gleichwertigkeit von Abschlüssen gestärkt werden.
5. Schulen und Kommunen sollen größere Gestaltungsspielräume erhalten.
6. Regionale Bildungsnetzwerke sollen gestärkt und weiterentwickelt werden.
7. Multiprofessionelle Teams sollen Teil der schulischen Grundversorgung werden.
8. Die Schulaufsicht soll modernisiert und stärker schulformübergreifend organisiert werden.
9. Datengestützte Qualitätsentwicklung soll landesweit ausgebaut werden um kohärente Steuerung über alle Ebenen und Einrichtungen hinweg zur ermöglichen.
10. Eine datenschutzsichere Bildungs-ID soll geprüft und entwickelt werden.
11. Zur Vorbereitung eines neuen Bildungskonsenses soll eine landesweite Bildungskonferenz eingerichtet werden.
12. Alle Reformschritte sollen wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

6. Kernthesen für Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit (Vorschläge)

Starke Schulen brauchen ein klares Ziel, erweiterte Gestaltungsfreiheit und ein verlässliches Unterstützungssystem.

Bildungswege statt Schulformdenken.

Kein Kind darf an Systemgrenzen scheitern.

Mehr Verantwortung vor Ort – weniger Bürokratie von oben.

Daten für Chancen nutzen – nicht für Rankings.

Übergänge sichern statt Bildungsbrüche verwalten.

Schulen stärken, Kommunen stärken, Zukunft stärken.

Bildungspolitik muss vom Kind aus gedacht werden.

NRW braucht einen neuen Bildungskonsens.

Wahlkampffähige Botschaften

Bildungswege statt Sackgassen.

Mehr Chancen. Weniger Bürokratie.

Kein Kind darf verloren gehen.

Starke Schulen brauchen starke Teams.

Mehr Vertrauen für Schulen.

Fördern statt verwalten.

Bildung neu denken. Zukunft sichern.

Ein Bildungssystem, das zusammenarbeitet.

7. Quellen, Akteursbezüge und Hintergrund

Dieses Papier knüpft an bestehende grüne bildungspolitische Debatten sowie an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bildungssteuerung, Schulentwicklung und Governance an.

Politische Bezugspunkte

- NRW-Schulkonsens 2011
- Düsseldorfer Erklärung der BAG Bildung
- Konzepte der Heinrich-Böll-Stiftung zur Neuen Lernkultur
- Diskussionen des Nationalen Bildungsforums
- Grüne Positionen zu Chancengerechtigkeit und Bildungsbiografien

Wissenschaftliche Bezugspunkte

- Bildungsgovernance-Forschung
- Schulentwicklungsforschung
- Forschung zu Regionalen Bildungslandschaften
- Forschung zu datengestützter Qualitätsentwicklung
- Forschung zu multiprofessionellen Teams
- Forschung zu Bildungsmonitoring und Lernverlaufsdiagnostik

Akteursbezüge

Die Vorschläge stehen im Austausch mit Erfahrungen und Anregungen von:

- Kommunalen Schulträgern
- Bildungsdezernent*innen
- Regionalen Bildungsnetzwerken
- Wissenschaftler*innen
- Schulleitungen
- Lehrkräften
- Gewerkschaften
- Elternvertretungen
- Schülervertretungen
- Jugendhilfe
- Kommunalen Integrationszentren
- Trägern außerschulischer Bildung

8. Der grüne Bildungsauftrag

Bildungspolitik hat die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Einkommen, Wohnort oder Unterstützungsbedarf die bestmöglichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

Ein modernes Bildungssystem verbindet Freiheit und Verantwortung, Selbstständigkeit und Verlässlichkeit, Vielfalt und Zusammenhalt sowie Qualität und Gerechtigkeit.

Bildung neu gestalten NRW bedeutet: Wir stärken Schulen vor Ort, schaffen klare Verantwortlichkeiten, ermöglichen bruchfreie Bildungswege und entwickeln ein lernendes Bildungssystem für das 21. Jahrhundert.